

IA 1

Aufbruch in die neue Zeit

Unsere Wirtschaft und Gesellschaft wandeln sich derzeit grundlegend. Die Digitalisierung unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens schreitet immer schneller voran, gleichzeitig stellt uns die voranschreitende Klimakrise vor große Herausforderungen. Deutschland und Europa erwartet damit nicht weniger als eine doppelte industrielle Revolution: eine digitale und eine ökologische.

Der bevorstehende Wandel bietet enorme Chancen: für neuen Wohlstand, für mehr Lebensqualität und mehr Verteilungsgerechtigkeit – vorausgesetzt Politik und Gesellschaft schreiten jetzt zur Tat. Wir wollen aus Wandel Fortschritt machen: technischen Fortschritt, ökonomischen Fortschritt, ökologischen Fortschritt und sozialen Fortschritt. Unser Ziel ist ein nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt immer mehr Reichtum für die Wenigen. Wir wollen, dass Menschen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Den technologischen Fortschritt durch die Digitalisierung und den Klimaschutz wollen wir dafür nutzen, dass es den Menschen besser geht.

Die Sozialdemokratie wird diesen sozialen Fortschritt vorantreiben und gleichzeitig für alle Beschäftigten und ihre Familien Chancen, Schutz und Sicherheit für die Zeit des Wandels organisieren. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben unsere Aufgabe klar vor Augen: für den Zusammenhalt in der Gesellschaft einzutreten und für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu kämpfen. Wir wollen im dreißigsten Jahr der Wiedervereinigung die Einheit Deutschlands verwirklichen. Um unser Ziel einer gerechteren Gesellschaft zu erreichen, werden wir auf diesem Parteitag Anträge zur programmatischen Neuausrichtung diskutieren und beschließen. Denn nur in einer gerechten Gesellschaft entsteht das gegenseitige Vertrauen und der Zusammenhalt, der aus vielen Einzelnen eine Gemeinschaft macht. Das gilt erst recht angesichts der Herausforderungen, vor denen wir gegenwärtig stehen.

In einer der deutschen Leitindustrien, dem Automobilsektor, kommt die ökologische und digitale Transformation endlich in Gang. Milliardeninvestitionen, Stellenabbau in herkömmlichen und Stellenaufbau in neuen Bereichen gehen damit einher. Die Gewerkschaften streiten dafür, dass die Beschäftigten mit ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen in diesem Umbruch großen Einfluss bekommen – weil ohne die Kolleginnen und Kollegen kein Wandel und keine Zukunftsindustrie zu machen ist. Aber nicht nur in der Industrie steht ein großer Wandel bevor, auch im Handwerk und im Einzelhandel verändern sich Arbeit und ihre Bedingungen. Der wachsende Bedarf an Dienstleistungen für Menschen – von der Kinderbetreuung bis zum Gesundheitswesen - zeugt ebenfalls vom ökonomischen Strukturwandel. Der Stellenzuwachs in diesen Branchen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier die Löhne und Gehälter noch zu niedrig und die Arbeitsbedingungen oft nicht gut sind.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Die vielen von den Gewerkschaften angeführten Streiks der Erzieher/innen oder der Pfleger/innen zeigen das. Arbeitskämpfe in der wachsenden Logistikbranche und im Online-Handel wie bei Amazon oder das Durchsetzen von Betriebsräten auch bei Biosupermärkten, bei Erneuerbare-Energie-Unternehmen oder Lieferdiensten zeigen, dass die Vielen im ökologischen und digitalen Wandel starke Gewerkschaften und eine starke Sozialdemokratie brauchen.

Alles in allem steht unser Land auch weiterhin gut und stark da. Dazu hat die SPD in den zurückliegenden Jahren maßgeblich beigetragen – indem wir Investitionen gestärkt, den Mindestlohn eingeführt, die Renten stabilisiert oder für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt gesorgt haben. Gleichwohl hat sich in den vergangenen Jahren trotz Wachstum und insgesamt guter Arbeitsmarktlage eine anhaltende und in Teilen wachsende soziale Spaltung und Unsicherheit festgesetzt. Über vier Millionen Menschen, jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte, liegen mit ihrem monatlichen Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Über 11 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verdienen derzeit so wenig, dass ihre Rentenansprüche auch nach 45 Beitragsjahren nicht über die Höhe der staatlichen Grundsicherung hinausgehen würden. Die unterschiedlichen Herausforderungen boomender Metropolen einerseits und ländlicher Regionen und kleiner Städte andererseits, die Unterschiede zwischen gut bezahlten Arbeitsplätzen in neuen Wachstumsbranchen und solchen, die jetzt schon unsicher und schlecht bezahlt sind oder durch den oben genannten Wandel bedroht werden, sind groß. Auch innerhalb Europas driften Regionen und Volkswirtschaften auseinander.

Unser Rechtsstaat ist stark und unsere Demokratie ist wehrhaft. Aber unsere freiheitliche Gesellschaft wird durch die Angriffe von Rechtsextremistinnen und -extremisten bedroht. Hass wird geschürt, Menschen werden bedroht und oft werden aus Hass und Bedrohungen gewalttätige Anschläge. Es wird Stimmung gegen Menschen gemacht, die sie sich für eine freie Gesellschaft und gegen Rechts engagieren oder jene die einer Minderheit angehören. Als Sozialdemokratie ist es unsere Verantwortung, gegen rechtsextremistische Umtriebe, Hass und Gewalt zu kämpfen – online und im realen Leben.

Wir sind davon überzeugt, dass sich verantwortliches Regierungshandeln diesen Herausforderungen und Zukunftsfragen stellen muss. In diesem Lichte bewerten wir das bisherige Regierungshandeln der Koalition auf Bundesebene. Für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war die „Revisionsklausel“ im Koalitionsvertrag eine wichtige Bedingung, um dem Beitritt der SPD zur Regierungskoalition zustimmen zu können.

Der Text lautet:

- „Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen,
- inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden
 - oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.“

1
2 Aufgabe dieses Parteitages ist es, diese zwei Fragen für die SPD zu bewerten und vor dem
3 Hintergrund der Bewertungen zu entscheiden, ob und wie – über das bereits Erreichte hinaus
4 – ein Aufbruch für sozialen Fortschritt für Deutschland in der Koalition mit CDU und CSU
5 gelingen kann.
6

7 **I) Umsetzung des Koalitionsvertrages**

8

9 Wie in den vergangenen Großen Koalitionen auch, haben die sozialdemokratischen Mitglieder
10 der Bundesregierung und des Bundestages vieles aus dem Koalitionsvertrag erfolgreich
11 umgesetzt und konnten teilweise auch über den Koalitionsvertrag hinaus Vorhaben
12 durchsetzen. Wir mussten aber an einigen Stellen auch Zugeständnisse an die Union machen
13 und schmerzhaft Kompromisse eingehen:
14

15 **1) Was wurde erreicht?**

16 Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- 17 • Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen zahlen wieder gleich viel in die
18 Krankenkasse ein. Für Beschäftigte und Arbeitgeber/innen gilt wieder der gleiche
19 Beitragssatz.
- 20 • Mit der Brückenteilzeit haben wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert.
21 Beschäftigte, die sich für einen vorher festgelegten Zeitraum entscheiden, ihre
22 Arbeitszeit zu reduzieren, haben nun einen Anspruch darauf, danach wieder zu ihrer
23 früheren Arbeitszeit zurückzukehren.
- 24 • Der Soli für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen fällt weg. Dadurch werden
25 96 Prozent aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet, aber nicht die
26 Topverdiener/innen.
- 27 • Mit dem Teilhabechancengesetz haben wir neue Fördermöglichkeiten für
28 Langzeitarbeitslose geschaffen, um im regulären Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen;
29 zudem haben wir einen sozialen Arbeitsmarkt etabliert.
- 30 • Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir einen wichtigen und lange
31 überfälligen Schritt zur Fachkräftesicherung gemacht – hin zu einem modernen
32 Selbstverständnis von Deutschland als Einwanderungsland. Beim gleichzeitig
33 verabschiedeten Duldungsgesetz konnten wir zudem die Ausbildungsduldung dauerhaft
34 verankern und eine Beschäftigungsduldung neu schaffen.

35 Für Kinder und Familien:

- 36 • Der Bund investiert über 5 Mrd. Euro mehr für die Digitalisierung von Schulen – dafür
37 haben wir das Grundgesetz geändert: für die Fortbildung von Lehrer/innen, neue Geräte
38 und schnelles WLAN.
- 39 • Mit dem Gute-Kita-Gesetz haben wir es geschafft, dass sich der Bund erstmals mit 5,5
40 Mrd. Euro an der Qualität und Gebührenfreiheit in Kitas beteiligt. Mit dem Starke-

1 Familien-Gesetz ist uns ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Kinderarmut durch die
2 Erhöhung des Kinderzuschlags und die Ausweitung des Bildungs- und Teilhabepakets
3 gelungen. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu unserer sozialdemokratischen
4 Kindergrundsicherung.

- 5 • Wir haben die Arbeitsbedingungen und Löhne in der Pflege verbessert.
- 6 • Wir sorgen dafür, dass die Pflege von Angehörigen keine Armutsfalle mehr ist, indem
7 wir Angehörige bis zu einem Einkommen von 100.000 Euro im Jahr von den
8 Pflegekosten befreien.

9 Für Frauen:

- 10 • Erstmals legt der Bund ein Investitionsprogramm für Frauenhäuser und
11 Beratungseinrichtungen auf, um Frauen in Gewaltsituationen besser zu unterstützen.
12 Neben einer großen Kampagne stehen 120 Mio. Euro zur Verfügung.
- 13 • Wir haben die Gründung eines Bundesinstituts für Gleichstellung durchgesetzt und es
14 mit einer Gründungsfinanzierung von einer Mio. Euro ausgestattet.

15 Für Auszubildende und Studierende:

- 16 • Die Mindestausbildungsvergütung kommt.
- 17 • Die Fördersätze für Auszubildende und Studierende haben wir angehoben.

18 Für Rentnerinnen und Rentner:

- 19 • Wir haben die Grundrente durchgesetzt – ohne Bedürftigkeitsprüfung für bis zu 1,5
20 Millionen Berechtigte.
- 21 • Wir haben das Rentenniveau zunächst bis 2025 bei 48 Prozent stabilisiert.

22 Für eine gute Zukunft:

- 23 • Wir haben die Investitionen des Bundes auf ein Rekordniveau angehoben. Bis 2023
24 investieren wir 30% mehr als in der vergangenen Legislaturperiode.
- 25 • Die Kohleverstromung beenden wir bis spätestens 2038 und sorgen dafür, dass die
26 Beschäftigten in den Revieren eine Perspektive haben.
- 27 • Wir handeln jetzt, damit Deutschland die Klimaziele erreicht. Mit dem Klimaschutzgesetz
28 wird Klimaschutz rechtlich verbindlich.

29 Europa/Internationales:

- 30 • Wir haben eine gemeinsame deutsch-französische Initiative für eine effektive globale
31 Mindestbesteuerung, insbesondere der Digitalkonzerne bei G20 und OECD, gestartet.
32 Die konkrete Vereinbarung soll im nächsten Jahr im Kreise der G20 verabschiedet und
33 dann im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft umgesetzt werden. Zudem
34 wurden wichtige Grundlagen für eine europäische Finanztransaktionssteuer gelegt.
35 Beim Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Aufbau einer
36 Letztsicherung für die Banken-Union wurden Fortschritte erzielt, die die europäische
37 Währungsunion krisenfester machen.

- 1 • Es ist ein Erfolg von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland und
2 Europa, dass wir mit der Revision der Entsenderichtlinie mehr Fairness und mehr
3 Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantieren. Auf unseren Druck hin
4 ist eine Europäische Arbeitsbehörde geschaffen worden, die das sicherstellen soll. Wir
5 waren die treibende Kraft, die europaweit eine bessere Vereinbarung von Familie, Pflege
6 und Beruf durchsetzen konnte.

7

8 **2) Wo sind wir über den Koalitionsvertrag hinausgegangen?**

9 Klimaschutz:

- 10 • Die CO₂-Bepreisung ist im Koalitionsvertrag nur als Prüfauftrag enthalten. Das
11 Klimaschutzgesetz ist zwar Teil des Koalitionsvertrages, wir haben aber zusätzlich den
12 verbindlichen Überprüfungs- und Kontrollmechanismus durchgesetzt. Dennoch reichen
13 die im Maßnahmenprogramm verankerten Punkte wahrscheinlich noch nicht aus, um
14 auf dem Weg bis 2030 genug CO₂ zu reduzieren.

15 Arbeit und Rente:

- 16 • Mit dem Qualifizierungschancengesetz haben wir den Zugang zur
17 Weiterbildungsförderung ausgebaut und erstmals ein Recht auf Weiterbildungsberatung
18 über die Bundesagentur für Arbeit geschaffen.
- 19 • Die Nachunternehmerhaftung in der Paketbranche führt zu Verbesserungen der
20 Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten.
- 21 • Wir haben eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung durchgesetzt, lediglich eine
22 Einkommensprüfung ist vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt vorrangig aus
23 Steuermitteln, vor allem aus einer Finanztransaktionssteuer.
- 24 • Wir haben eine Demografievorsorge in der Gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe
25 von jeweils 2 Mrd. Euro in 2021 und 2022 eingeführt. Ziel: 10 Mrd. Euro bis 2025.
- 26 • Im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarkts wird die Förderung am Tariflohn statt wie im
27 Koalitionsvertrag vorgesehen am Mindestlohn orientiert.
- 28 • Künftig sollen in keiner Behörde der unmittelbaren Bundesverwaltung mehr als 2,5% der
29 Beschäftigten sachgrundlos befristet sein. Dafür wurden im ersten Schritt fast 1800
30 Stellen in 2018 und 2019 vorgesehen.
- 31 • Damit die Rechte von Beschäftigten besser eingehalten werden, haben wir die
32 Befugnisse der Zollbehörden erweitert und neue Stellen geschaffen, damit Mindestlöhne
33 wirksamer durchgesetzt und illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch
34 besser bekämpft werden können (FKS-Gesetz).

35

36 Bauen und Wohnen:

- 37 • Wir haben die Mietpreisbremse verschärft und besseren Schutz von Mieterinnen und
38 Mieter vor Mietwucher und Verdrängung erreicht (Absenkung der

1 Modernisierungsumlage, neue Kappungsgrenze, Bußgeldandrohung im Falle von
2 „Herausmodernisierung“ und rückwirkendes Zurückfordern zu viel gezahlter Miete).

- 3 • Der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete wird von 4 auf 6 Jahre
4 ausgeweitet. Wir haben das Bestellerprinzip beim Immobilienkauf eingeführt und das
5 Umwandlungsverbot bei Mietwohnungen verschärft.

6 7 Investitionen / Ausgaben

- 8 • Wir haben in den Haushalten 2018-2020 und der Finanzplanung deutlich mehr Mittel für
9 Investitionen bereitgestellt, als ursprünglich in den prioritären Maßnahmen des
10 Koalitionsvertrags vereinbart waren: Zusätzlich werden 2,4 Mrd. Euro in den Digitalfonds
11 fließen, 500 Mio. Euro mehr in sozialen Wohnungsbau, 2 Mrd. Euro mehr für Qualität
12 und Gebührenfreiheit mit einer Finanzierungszusage über das Jahr 2022 hinaus und 3
13 Mrd. Euro für die KI-Strategie bereitgestellt. Die Mittel für den ÖPNV-Ausbau werden um
14 eine weitere Mrd. Euro jährlich erhöht.
- 15 • Zudem erhalten die Länder 2,7 Mrd. Euro mehr an Unterstützung des Bundes als im
16 Koalitionsvertrag vorgesehen für die Kosten der Integration geflüchteter Menschen.
- 17 • Im Rahmen des Klimaschutzprogramms werden bis 2023 insgesamt 54 Mrd. Euro und
18 bis 2030 150 Mrd. Euro an Bundesmitteln investiert.

19 20 **3) Wo haben wir uns nicht durchsetzen können?**

21 22 Klimaschutz:

23 Bei der Ausgestaltung des CO₂-Preises haben wir eine Steuerlösung in Verbindung mit einer
24 Pro-Kopf-Klimaprämie favorisiert. Das haben wir nicht durchgesetzt. Der Kompromiss ist ein
25 CO₂-Zertifikatehandelssystem, das aber aufgrund eines Fixpreises bis 2025 wie eine Steuer
26 wirkt. Die Kompensation über die Pendlerpauschale steigt mit dem Einkommen und ist
27 ungeeignet um Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten.

28 Integration/Migration:

- 29 • Beim Geordnete-Rückkehr-Gesetz haben wir akzeptiert, dass eine Sicherungshaft für
30 bis zu sechs Monate (mit Verlängerungsmöglichkeit unter bestimmten Umständen um
31 12 Monate) weiterhin von einem Richter angeordnet werden kann, wenn eine
32 Ausreisepflicht besteht und dieser nicht freiwillig nachgekommen wird.

33 Wir haben außerdem akzeptiert, dass es die Möglichkeit für die Länder gibt, befristet bis
34 zum 01.07.2022 abgelehnte Asylbewerber in Justizvollzugsanstalten unterzubringen.
35 Die Unterbringung von Strafgefangenen und Abschiebehäftlingen ist getrennt
36 vorzunehmen. Familien müssen zudem getrennt von den übrigen Abschiebehäftlingen
37 untergebracht werden.

- 38 • Beim Duldungsgesetz konnten wir zwar die Ausbildungsduldung dauerhaft verankern
39 und eine Beschäftigungsduldung neu schaffen, aber einzelne Regelungen sind aus
40 unserer Sicht zu restriktiv.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Paragraph 219a:

- Wir wollten § 219a im Strafgesetzbuch komplett abschaffen, die Union wollte das nicht. Der Kompromiss: Ein Werbeverbot bleibt, aber Ärzt/innen und Kliniken dürfen künftig darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Für weitergehende Informationen müssen sie allerdings auf Behörden und Beratungsstellen verweisen.

Europa

- Es ist uns noch nicht gelungen, das Europa-Kapitel des Koalitionsvertrags hinreichend mit Leben zu füllen. Auf den Feldern Investitionen, soziale Standards, Steuerharmonisierung und Finanztransaktionssteuer gibt es teilweise fruchtbare Ansätze, aber immer wieder hat der Koalitionspartner blockiert und verzögert. Nach einer Vielzahl konservativer Blockaden muss Deutschland wieder zu einem Vorreiter für Zusammenhalt und Fortschritt in Europa werden.

4) Was noch ansteht

- Die Grundrente ist vereinbart und muss nun aber konkret umgesetzt werden.
- Wir haben dieses Jahr auch die Weichen für den Klimaschutz gestellt, aber dazu müssen im nächsten Jahr noch wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Wir werden zudem den vorgesehenen verbindlichen Überprüfungsmechanismus im Klimaschutzgesetz bereits im kommenden Jahr erstmals anwenden. Das Klimapaket geht damit jetzt in die konkrete Umsetzung.

Im Koalitionsvertrag gibt es darüber hinaus weitere wichtige sozialdemokratische Projekte, die wir noch umsetzen wollen. Dazu gehören insbesondere:

- Die Rechte der Arbeitnehmer*innen werden wir weiter verbessern. Das heißt konkret: Wirksame Beschränkung von Befristungen, betriebliche Mitbestimmung stärken und Verabschiedung des „Arbeit-von-Morgen-Gesetz“ (Kurzarbeit mit Qualifizierung verbinden; Weiterbildungsförderung ausbauen; Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Berufsabschlusses).
- Wir werden das Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen und wollen Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Wir wollen die Kinder- und Jugendhilfe modernisieren und ein Gesetz für den Kinder- und Jugendmedienschutz im 21. Jahrhundert schaffen.
- Die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst wollen wir erhöhen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention werden wir systematisch vorantreiben.
- Und wir wollen endlich eine Lösung für die kommunalen Altschulden erreichen, damit die überschuldeten Kommunen wieder Luft zum Atmen haben.

- 1 • Nachdem der automatische Informationsaustausch etabliert wurde, werden wir die
2 Abgeltungssteuer auf Zinserträge abschaffen.
- 3 • Wir wollen Absicherung von Selbstständigen in der Rentenversicherung einführen.
- 4 • Wir werden das Kohleausstiegsgesetz mit Anpassungsgeld (APG) verabschieden.
- 5 • Das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ werden wir verabschieden.
- 6 • Damit schneller und günstiger gebaut werden kann, wollen wir Verfahren im Baurecht
7 spürbar vereinfachen. Im Rahmen einer Reform des Baugesetzbuches wollen wir zudem
8 den Milieuschutz stärken und kommunale Baugebote und Vorkaufsrechte erweitern,
9 damit Städte und Gemeinden den Wohnungsmarkt stärker steuern können. Und wir
10 wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften besser
11 unterstützen, da diese nicht orientiert an Rendite, sondern am Bedarf der Menschen
12 Wohnraum schaffen.
- 13 • Wir werden uns Hass, Hetze und Gewalt entgegenstellen. Soziale Netzwerke müssen
14 zukünftig Morddrohungen und Volksverhetzung an das Bundeskriminalamt melden. Und
15 wir werden das Strafrecht verschärfen, indem wir für öffentliche Beleidigungen - etwa in
16 sozialen Netzwerken - die Strafen erhöhen. Wir wollen zudem antisemitische Motive als
17 besonderes strafschärfendes Merkmal festlegen. Außerdem werden wir
18 Kommunalpolitikerinnen und -politiker schützen. Auch das Waffenrecht werden wir
19 verschärfen. Verschärfungen des Strafrechts reichen aber nicht. Deshalb werden wir
20 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden schaffen, um den Kampf gegen
21 Rechtsextremismus effektiv zu stärken. Wir sehen, dass Programme wie „Demokratie
22 Leben!“ aus dem Familienministerium eine wichtige Stütze für eine starke
23 Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts sind. Jedoch kommen diese Programme an
24 Grenzen, wenn es um den langfristigen Aufbau von Strukturen geht. Wir wollen deshalb
25 ein Demokratiefördergesetz voranbringen.
- 26 • Darüber hinaus wird die Europapolitik eine zentrale Rolle spielen. Der Koalitionsvertrag
27 bietet dafür eine gute Grundlage, wurde aber bisher noch nicht ausreichend mit Leben
28 gefüllt. Wir wollen Europa sozialer, ökologischer und demokratischer machen. Seit der
29 Regierungsübernahme verhandeln wir über unterschiedliche Reformpakete, die wir
30 abschließen wollen. Dafür ist insbesondere die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im 2.
31 Halbjahr 2020 ein entscheidendes Zeitfenster. Mit Blick auf die abschließenden
32 Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR), die die
33 politischen Prioritäten und finanziellen Spielräume für die nächsten sieben Jahre
34 festlegen wird, ist es die wichtigste Ratspräsidentschaft seit langem. Zu den prioritären
35 Vorhaben gehört dabei:
- 36 • eine gerechte internationale Mindestbesteuerung, die sicherstellt, dass auch große
37 Digitalkonzerne ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten;
- 38 • eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer einzuführen;
- 39 • eine Arbeitslosenrückversicherung, um wirtschaftliche Krisen solidarisch
40 abzusichern;

- 1 • die Einführung europäischer Mindestlöhne, um Lohndumping zu verhindern, und ein
2 Mindestniveau an sozialer Absicherung in allen EU-Staaten;
- 3 • die Blockade bei der Umsetzung der Richtlinie zu Frauen in Führungspositionen zu
4 durchbrechen;
- 5 • Europa bis 2050 klimaneutral zu machen;
- 6 • die Weiterentwicklung und Neujustierung der Gemeinsamen Europäischen
7 Agrarpolitik (GAP);
- 8 • die Vollendung der Bankenunion, damit Steuerzahler nie mehr für Bankverluste
9 haften müssen und Banken besser kontrolliert werden; ein wirksamer Schutz von
10 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa;
- 11 • die Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, um Europa
12 handlungsfähiger zu machen.

13

14 **5) Fazit**

15 Zusammenfassend halten wir fest, dass die sozialdemokratischen Mitglieder in der
16 Bundesregierung die verhandelten Punkte schon zur Halbzeit in großen Teilen mit großem
17 Erfolg umgesetzt haben. Zugleich gibt es wichtige Vorhaben und Projekte des
18 Koalitionsvertrags, die noch nicht verwirklicht sind. Dieser Befund ist allerdings von der Frage
19 zu trennen, ob die Vorhaben des aktuellen Koalitionsvertrages der aktuellen Situation
20 hinreichend Rechnung tragen.

21

22 **II) Programmatische Klarheit und notwendige neue Vorhaben**

23

24 Die SPD muss in der Regierung und darüber hinaus programmatisch klar und eigenständig
25 erkennbar sein. Sie muss den aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht
26 werden. Was davon in der gegenwärtigen Regierung machbar ist, werden wir ausloten.
27 Perspektivisch streben wir eine Regierung diesseits von CDU und CSU im Interesse der
28 Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger an.

29

30 Seit Abschluss des Koalitionsvertrages vor 20 Monaten haben sich die politischen
31 Rahmenbedingungen weiter verändert. So ist der Klimawandel insbesondere durch die
32 Proteste von „Fridays for Future“ in das öffentliche Bewusstsein gerückt, die deutsche
33 Wirtschaft erstmals seit zehn Jahren in eine Phase schwächeren Wachstums geraten und
34 wichtige Industriebereiche erleben einen grundlegenden Strukturwandel.

35

36 Die Gewerkschaften haben daher gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen
37 Industrie jüngst die Forderung nach einem umfassenden Investitionsprogramm erhoben. Dabei
38 geht es nicht nur um zusätzliche Anstrengungen mit öffentlichen Mitteln, die in Zeiten einer
39 abkühlenden Konjunktur das Wachstum stabilisieren. Die deutsche Wirtschaft ist nur knapp an
40 einer Rezession vorbeigeschrammt, die Industrie verzeichnet massive Auftragseinbrüche. Die
41 Binnennachfrage stabilisiert die Lage noch, aber es droht ein Einbruch, wenn nicht rechtzeitig

1 gegengesteuert wird. Es geht aber neben der Konjunkturstützung vor allem um die Bewältigung
2 der großen Transformation, die aus dem sozialen, technischen und ökologischen Wandel folgt
3 und die dafür nötige Planungssicherheit. Nur so können Personalkapazitäten aufgebaut und
4 langfristige hohe Investitionen befördert werden, die jetzt angesichts der vielfältigen
5 Unsicherheiten unterbleiben. Und es geht außerdem darum, die auseinanderdriftende
6 Europäische Union und die Währungsunion zu stabilisieren.

7
8 Nicht erst seit den breit getragenen Protesten junger Menschen im Zuge der Bewegung
9 „Fridays for future“ ist der Handlungsbedarf für einen wirksamen und gerechten Klimaschutz
10 deutlich geworden. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise und damit zugleich eine
11 Verteilungsfrage – sozial und global gesehen wie auch zwischen den Generationen. Die Kosten
12 des Nicht-Handelns werden langfristig größer sein als die Kosten einer ehrgeizigen
13 Klimaschutzpolitik. Allein 2016 betragen die Umweltkosten der Treibhausgasemissionen in
14 Deutschland laut Umweltbundesamt mehr als 160 Mrd. Euro. Die vereinbarten Schritte im
15 Klimapaket enthalten erste wichtige Maßnahmen, die Verabschiedung des
16 Klimaschutzgesetzes ist ein Erfolg der SPD, den wir gegen den Widerstand der CDU und CSU
17 durchgesetzt haben. Wir sehen aber nach wie vor Mängel bei der sozialen Absicherung dieses
18 notwendigen Wandels, der die Voraussetzung für einen dauerhaft und breit akzeptierten,
19 wirksamen Klimaschutz ist.

20
21 Auch bestehen Zweifel, ob die bislang beschlossenen Maßnahmen ausreichen, um die
22 Klimaziele zu erreichen. Der Tenor auch in der unabhängigen Wissenschaft ist: Es reicht nicht.
23 Es ist deshalb bereits eine wissenschaftliche Prüfung auf den Weg gebracht worden, die die
24 Klimaschutzwirkung der beschlossenen Maßnahmen berechnet. Sobald diese Daten vorliegen,
25 wissen wir, wo und in welchem Umfang weitere Maßnahmen erforderlich sind.

26
27 Trotz dem seit 2011 andauernden Aufschwung ist die Einkommens- und
28 Vermögensungleichheit in Deutschland nach wie vor hoch. Obwohl sich langfristig gesehen
29 die Arbeitsmarktlage verbessert hat, hat sich die ökonomische Ungleichheit verschärft. Über
30 den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2016 zeigt sich seit der Jahrtausendwende eine sich
31 öffnende Schere. Dabei sind die Einkommen im oberen Bereich der Verteilung am stärksten
32 gewachsen. Während die untersten Einkommensgruppen sogar reale Verluste hinnehmen
33 mussten. Ähnliches gilt für die Vermögensverteilung. Das DIW erklärte dazu im Oktober 2019:
34 „Die Vermögensungleichheit ist zwar in Deutschland – auch im internationalen Vergleich – sehr
35 hoch, sie verharrt aber in den letzten zehn Jahren auf diesem Niveau“. Und das spüren die
36 Menschen. Laut der Auswertung der Langzeitstudie „World Worries“ des
37 Meinungsforschungsinstituts Ipsos sind Armut und soziale Ungleichheit für 47 Prozent der
38 Deutschen aktuell die größte Sorge. Selbst viele, denen es ökonomisch nach wie vor gut geht,
39 haben Angst, in der einen oder anderen Hinsicht ins Bodenlose zu fallen und ihren gewohnten
40 und hart erarbeiteten Lebensstandard für sich selbst und ihre Kinder zu verlieren. Unsere
41 Antwort auf diese Unsicherheiten geben wir in unserem Sozialstaatskonzept u.a. mit dem
42 Recht auf Arbeit und einer zweiten und dritten Chance für jeden. Angesichts der oben

1 beschriebenen Herausforderungen, die der digitale und der ökologische Wandel für Menschen
2 bedeuten, ist die Schaffung von Sicherheit und Zukunftsperspektiven dringender denn je.

3
4 Die Digitalisierung schafft große Chancen. In der Digitalwirtschaft selbst nahmen Stellen und
5 Einkommen zu. In der Gesamtheit der Wirtschaft hilft die Digitalisierung, Prozesse zu
6 verbessern und zu beschleunigen, unangenehme und monotone Arbeit zu erleichtern.
7 Technischer Fortschritt, der dem Menschen zugutekommen kann. Aber die Datenskandale von
8 Facebook, die allumfassende digitale Überwachung am Arbeitsplatz oder die stetig wachsende
9 Zahl an Cyberangriffen machen deutlich, dass die Digitalisierung nicht von allein den Nutzen
10 der Vielen erhöht. Unser Ziel ist sozialer, ökologischer und wirtschaftlich nachhaltiger
11 Wohlstand für die Vielen statt Monopolisierung und immer mehr Reichtum für die Wenigen.
12 Den technologischen Fortschritt durch die Digitalisierung wollen wir nutzen, damit es der
13 großen Mehrheit der Menschen besser geht, etwa durch kürzere, sozialfreundlichere
14 Arbeitszeiten, weniger Tempo und gesünderes Leben. Es ist höchste Zeit, den
15 gesamtgesellschaftlichen Nutzen in den Fokus zu rücken, statt primär auf wirtschaftliche
16 Interessen Einzelner zu schauen. Wir wollen, dass im digitalen Wandel gute und nachhaltige
17 Arbeitsplätze in Deutschland entstehen.

18
19 Der Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke hat der deutschen Öffentlichkeit erneut vor
20 Augen geführt, dass in Deutschland terroristische Neo-Nazi-Netzwerke entstanden sind, deren
21 Anhänger sich angesichts eines nach rechts kippenden gesellschaftlichen Diskurses
22 zunehmend ermutigt sehen, zur Tat zu schreiten. Wir brauchen jetzt eine große
23 gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus.

24 Protektionismus, Nationalismus und Populismus gefährden zunehmend unsere regelbasierte
25 Weltordnung. Gleichzeitig stehen wir vor immensen globalen Herausforderungen, deren
26 Lösung internationale Zusammenarbeit voraussetzt. Der globale Kapitalismus führt zu
27 extremen Ungleichheiten auch innerhalb von Gesellschaften. Unsere historische Aufgabe ist
28 es, eine friedliche und gerechte internationale Ordnung zu befördern, Europa als Kontinent des
29 Friedens, der Abrüstung, Rüstungskontrolle und der Kooperation zu stärken, international auf
30 fairen Interessenausgleich setzen, die internationalen Märkte politisch zu bändigen und den
31 transnationalen Konzernen Grenzen zu setzen.

32 In diesen großen Zukunftsaufgaben muss es auch seitens der Regierung neue Antworten
33 geben. Daher werden wir auf Basis der Revisionsklausel mit der CDU/CSU über zusätzliche
34 Impulse für das Regierungshandeln in diesen vier Bereichen sprechen:

35 36 **1. Zukunftsinvestitionen: Investitionsprogramm**

37 Trotz der Bemühungen der vergangenen Jahre haben alle Ebenen der öffentlichen Hand
38 (Bund, Länder und Kommunen) in Deutschland auch weiterhin einen massiven Rückstand bei
39 Investitionen. Das Ergebnis ist eine öffentliche Infrastruktur, die in Teilen marode ist, den
40 Anforderungen der Zeit nicht gerecht wird und Zukunftsinvestitionen beispielsweise in
41 Breitbandausbau und Mobilfunk vernachlässigt hat. Das Institut für Makroökonomie und
42 Konjunkturforschung hat im November 2019 gemeinsam mit dem arbeitgebernahen Institut der

1 deutschen Wirtschaft einen hohen Bedarf an zusätzlich notwendigen öffentlichen Investitionen
2 für die kommenden 10 Jahre geschätzt. Die Institute errechnen einen zusätzlichen Bedarf von
3 gut 450 Mrd. Euro für Bund, Länder und Kommunen. Dieser setzt sich zusammen aus
4 Erfordernissen in den Bereichen Bildung, Verkehr, Kommunikationsnetze und Klimaschutz.
5 Nach ihrer Einschätzung ist es unrealistisch, diese Investitionen allein durch Umschichtung in
6 den bestehenden Haushalten zu finanzieren. Wir teilen diese Auffassung. Bei aller
7 Notwendigkeit einer auch weiterhin soliden Haushalts- und Finanzpolitik muss deshalb für die
8 Finanzpolitik des Bundes, der Länder und der Kommunen klar sein, dass die Notwendigkeit
9 von Investitionen unabhängig von der aktuellen Einnahmesituation anerkannt und im
10 Abschwung auch eine antizyklische Ausgabenpolitik von Bund, Ländern und Kommunen
11 ermöglicht wird. Wenn nur nach Kassenlage investiert wird, führt das zu starken, noch dazu
12 prozyklischen Schwankungen der öffentlichen Investitionstätigkeiten. Auf einer so unsicheren
13 Grundlage werden die Bauwirtschaft und die damit verbundenen Investitionsgüterbranchen die
14 notwendigen Kapazitäten nicht aufbauen, um einen reibungslosen Abfluss der öffentlichen
15 Investitionsmittel zu gewährleisten. Um das Defizit bei der Umsetzung von Maßnahmen in
16 Ländern und Kommunen zu beheben brauchen wir diese Planungssicherheit. In diesem Sinne
17 dürfen stetige Investitionen nicht an dogmatischen Positionen wie Schäubles schwarzer Null
18 scheitern.

19 *Neue Technologien und Geschäftsmodelle ebenso wie die Notwendigkeit einer sozial-*
20 *ökologischen Transformation machen einen grundlegenden Strukturwandel der Wirtschaft*
21 *erforderlich, der durch staatliche Maßnahmen befördert und unterstützt werden muss. Wir*
22 *wollen eine hohe Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand für die Zukunft garantieren und*
23 *zugleich privates Kapital für den sozial-ökologischen Umbau mobilisieren. Den Digitalpakt*
24 *Schule wollen wir verstetigen.*

25 Zudem ist es unsere Aufgabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen und mehr zu
26 investieren, damit alle überall gut leben können. Wir werden durch eine neue Ausrichtung und
27 finanzielle Verstärkung der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik“ dafür sorgen,
28 dass staatliche Förderprogramme in strukturschwächeren Regionen konzentriert werden. Wir
29 werden das „Gute-Kita-Programm“, das der Bund bislang mit 5,5 Mrd. Euro unterstützt, auch
30 über das Jahr 2022 hinaus mit knapp 2 Mrd. Euro jährlich verstetigen. Ebenso werden wir die
31 Investitionen des Bundes in den sozialen Wohnungsbau mit 1 Mrd. Euro pro Jahr über das Jahr
32 2021 hinaus fortsetzen und Investitionen in die kommunale Infrastruktur ab 2025 mit jährlich 2
33 Mrd. Euro unterstützen. Wir brauchen einen nationalen Konsens für die Befreiung vieler
34 Kommunen von hohen Altschulden. Dies eröffnet ihnen Spielräume für wichtige Investitionen.

35

36 **2. Gerechte und wirksame Klimapolitik**

37 Wir wollen einen sozial gerechten und wirksamen CO₂-Preis. Die derzeitigen Maßnahmen
38 müssen dazu weiterentwickelt werden. Wir streben einen umfassenden, breit wirksamen
39 sozialen Ausgleich an, der für jeden gleichmäßig wirkt, um einen höheren CO₂-Preis zu
40 ermöglichen. Außerdem braucht es Maßnahmen gegen das Umweltdumping aus dem Ausland,
41 wie etwa einen CO₂-Grenzausgleich für die innerhalb Europas und Deutschlands erhobenen
42 CO₂-Kosten. Wir wollen den Strompreis senken.

1
2 Die Ergebnisse der Kohlekommission waren eine große gesellschaftliche Leistung: Ein
3 Kompromiss ist erzielt worden, der von allen gesellschaftlichen Kräften getragen wird. Zu
4 diesem Konsens stehen wir. Ihn wollen wir bewahren und umsetzen, indem ein
5 Kohleausstiegspfad mit den vereinbarten Strukturentwicklungsmitteln realisiert wird. 2032 wird
6 Deutschland entscheiden, ob wir bereits 2035 endgültig aus der Kohleverstromung aussteigen
7 können. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass ein solch früherer Ausstieg möglich ist.
8 Dafür ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf 65% und des erforderlichen Ausbaus der
9 Netze bis spätestens 2030 durch einen gesetzlich verankerten Ausbaupfad zu realisieren.
10 Öffentliche Investitionen sind zur Kompensation der Arbeitsplatzverluste durch den
11 Kohleausstieg zwingend erforderlich. Wir werden auch darauf achten, dass die im KWSB-
12 Bericht vereinbarten Überprüfungspunkte dafür genutzt werden, die wirtschaftlichen, sozialen
13 und ökologischen Folgewirkungen zu evaluieren. Das Ziel eines möglichst stetigen
14 Reduktionspfades erfordert bei Bedarf entsprechende Nachsteuerung, insbesondere mit Blick
15 auf die angestrebte Arbeitsplatzentwicklung.

16 Um den Ausbaupfad der Erneuerbaren Energien zu erreichen, wollen wir unter anderem den
17 Photovoltaik-Deckel abschaffen, die Abstandregelungen für Windenergie werden so festgelegt,
18 dass dadurch der notwendige Zubau nicht abgewürgt wird. Wir befürworten einen
19 Regionalisierungsbonus, um der Windenergie bundesweit zum Durchbruch zu verhelfen.

20
21 Im Zuge des Umbaus unseres Mobilitätssystems wollen wir Städte und Gemeinden beim
22 Ausbau von Bus und Bahn durch noch weitergehende finanzielle Förderung unterstützen und
23 mit einem Sofortprogramm für die Schiene diejenigen Projekte aus dem
24 Bundesverkehrswegeplan vorziehen, die für einen Zuwachs vor allem im Schienen-
25 Regionalverkehr oder für eine deutliche Erhöhung der Netzkapazität erforderlich sind. Wir
26 wollen die ökologische Verkehrswende und Zugang zu Mobilität für alle, in dem wir die Preise
27 für die Nutzung von Bussen und Bahnen im Regionalverkehr massiv senken. Wir wollen zu
28 einer Stärkung der E-Mobilität eine Bonus-Malus-Regelung durchsetzen und dafür die
29 vereinbarte Änderung der KfZ-Steuer so ausgestalten, dass sie eine signifikante
30 Maluskomponente darstellt. Wir wollen ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einführen
31 - das leistet einen Beitrag zur Verkehrssicherheit und ist zudem eine kostenlose
32 Klimaschutzmaßnahme. Mit einer E-Autoquote, die in den nächsten Jahren sukzessive steigen
33 wird, wollen wir dazu beitragen, dass sich die Automobilindustrie auf die veränderten
34 Rahmenbedingungen einstellen kann und Planungssicherheit für die Investitionen in den
35 Umbau der Industrie gewährleistet ist.

36
37 **3. Gute Arbeit und Gerechtigkeit für die Vielen**
38 Die Bundesregierung muss als zuverlässige Partnerin in der industriellen Transformation
39 handeln. Sie muss Mitbestimmungs- und Gestaltungsinstrumente für Arbeitnehmer/innen und
40 Gewerkschaften auch überbetrieblicher, branchen- oder regionsbezogener Art schaffen,
41 erweitern und rechtlich absichern. Neben den ausstehenden Maßnahmen aus dem
42 Koalitionsvertrag wie etwa der wirksamen Beschränkung insbesondere der Regeln zur

1 „sachgrundlosen Befristung“ wollen wir eine Stärkung der Tarifbindung und der
2 Gewerkschaften. Außerdem bedarf es weiterer Bausteine für den Aufbau einer umfassenden
3 Arbeitsversicherung, die an das Qualifizierungschancengesetz anknüpfen. Wir wollen den
4 durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts angestoßenen Reformbedarf bei Hartz IV
5 nutzen, um den Sozialstaat in Richtung unseres Sozialstaatskonzepts weiter zu entwickeln. Die
6 Leistungen der Arbeitslosenversicherung müssen wieder in stärkerer Berücksichtigung der
7 Beitragsjahre gemessen werden. Sanktionen müssen nicht zuletzt aufgrund des
8 Verfassungsgerichtsurteils deutlich eingeschränkt werden, die Regelungen zu den
9 Bedarfsgemeinschaften müssen reformiert werden. Insbesondere mit Blick auf die Löhne
10 brauchen wir eine verstärkte Anstrengung. Die Einführung des Mindestlohns war eine wichtige
11 sozialdemokratische Errungenschaft. Sie hat das Lohnniveau im Niedriglohnsektor deutlich
12 angehoben und sie hat keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen gehabt,
13 sondern im Gegenteil die Konjunktur befördert. Doch der Mindestlohn ist noch nicht
14 existenzsichernd. Auch gewährleistet er keine Rente oberhalb der Grundsicherung. Um den
15 Niedriglohnsektor zurückzudrängen, braucht Deutschland einen höheren Mindestlohn. Die
16 Sozialpartner brauchen daher einen besseren Rahmen, um ihrer Aufgabe für die Aushandlung
17 eines angemessenen Mindestlohns in der Mindestlohnkommission gerecht werden zu können.
18 Dafür werden wir das Mindestlohngesetz wie vereinbart 2020 evaluieren und weiterentwickeln.
19 Unser klares Ziel ist dabei perspektivisch die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Wir
20 werden uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Niedriglohnsektor auf tariflicher Basis
21 (z.B. Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit; Tarifbindung bei der öffentlichen Vergabe;
22 Nachwirkung von Tarifverträgen bei Änderungen der betrieblichen/unternehmerischen
23 Organisation) weiter reduziert wird. Wir wollen erreichen, dass weitere Schritte in Richtung der
24 von uns programmatisch entwickelten Kindergrundsicherung gegangen werden.

25

26 **4. Demokratische Digitalisierung: Qualifizieren und Alternativen zu den** 27 **Internetkonzernen aufbauen**

28 Wir wollen die Ausweitung der Investitionen im Bereich der digitalen Infrastruktur und dort wo
29 es sinnvoll ist, diese auch in öffentlicher Verantwortung angehen. Wir wollen ein
30 Transformationspaket, das sowohl einen Transformationszuschuss, bessere
31 Kurzarbeiterregelungen wie auch das Nachholen eines Berufsabschlusses für die von der
32 digitalen und ökologischen Transformation betroffenen Branchen beinhaltet. Und wir wollen
33 Schritte zu einer Weiterbildungsverpflichtung, deren Kosten von den Unternehmen getragen
34 werden müssen.

35 Die Grundsätze der Offenheit müssen als Grundsatz den staatlichen Umgang mit dem Digitalen
36 prägen. Wir wollen die umfassende Förderung und den bevorzugten Einsatz von Open Source
37 Lösungen als Alternative zu kommerziellen Angeboten. Darüber hinaus wollen wir, dass große
38 Konzerne auf datengetriebenen Märkten verpflichtet werden, Daten zu teilen. Außerdem
39 müssen die gesetzlichen und tariflichen Spielräume genutzt werden, um die
40 Rationalisierungsgewinne im Zuge der Digitalisierung durch eine umfassende Umverteilung der
41 Arbeitszeiten an die Beschäftigten zurückzugeben. Arbeitnehmer/innenrechte und

1 Mitbestimmung wollen wir auch auf Plattformarbeitsmärkten wie bei Uber oder Lieferdiensten
2 stärken und ausdehnen.

3

4 **III) Was jetzt zu tun ist**

5 Mit diesem Parteitag beginnen wir, wichtige Inhalte zu konkretisieren, damit wir bei den
6 nächsten Wahlen mit einem überzeugenden Angebot vor die Wählerinnen und Wähler treten
7 können. Dieser Parteitag ist der Startpunkt zur Entwicklung eines Wahlprogramms. Die Inhalte
8 dafür finden wir in vielen Anträgen, die auf dem Parteitag beschlossen werden.

9 Klar ist aber auch: Bürgerinnen und Bürger erwarten Antworten im Hier und Jetzt. Unsere
10 programmatische Weiterentwicklung darf uns nicht davon abhalten, das zu tun, was aktuell
11 geboten ist. Der Koalitionsvertrag enthält mit der Revisionsklausel ein Instrument dafür.

12 Weder der Verbleib in einer Koalition noch der Austritt sind ein Selbstzweck. Für uns steht nicht
13 die Frage im Vordergrund, ob wir die Koalition weiterführen oder beenden. Entscheidend ist,
14 dass wir jetzt die uns wichtigen, noch offenen Punkte aus dem Koalitionsvertrag zügig
15 umsetzen und mit CDU und CSU die Weichen für eine gute und gerechte Zukunft unseres
16 Landes und Europas richtig stellen.

17 Der Parteitag beauftragt die Vorsitzenden, gemeinsam mit unseren Vertretern im
18 Koalitionsausschuss (Fraktionsvorsitzender, Vizekanzler) auf Grundlage unserer Beschlüsse
19 mit CDU/CSU Gespräche über die neuen Vorhaben zu den beschriebenen aktuellen
20 Herausforderungen zu führen. Der Parteivorstand wird auf Grundlage der Gespräche
21 bewerten, ob die drängenden Aufgaben in dieser Koalition zu bewältigen sind.